

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der FDP

Für Digitale Bildung und Medienkompetenz in Berliner Schulen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert

1. sich auf Bundesebene und in der Kultusministerkonferenz dafür einzusetzen, dass bundesweite, fächerübergreifende verbindliche Standards zur digitalen Bildung beschlossen und dass diese in den Lehrplänen des Landes für die Schulen in Berlin verankert werden.
2. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Bund und Länder einen Staatsvertrag zur Finanzierung der digitalen Infrastruktur an Schulen abschließen und der Bund seiner Verantwortung für diese gesamtgesellschaftliche Herausforderung gerecht wird.
3. digitale Bildung als festen Bestandteil in der Lehreraus- und Weiterbildung zu verankern und die Lehrerinnen und Lehrer fit zu machen im Umgang mit und beim Einsatz neuer digitaler Medien.

Begründung:

Nur wer heute die Schülerinnen und Schüler bestmöglich auf die Herausforderungen der digitalen Gegenwart und Zukunft vorbereitet, eröffnet ihnen die Möglichkeit, ihr Leben selbstbestimmt und eigenständig in einer digitalen Umwelt zu gestalten. Aber Deutschland ist von einer Spitzenposition hinsichtlich der Nutzung der digitalen Medien in den Schulen weit entfernt. Im internationalen Vergleich der „International Computer and Information Literacy Study“ (ICILS-Studie 2013) hat die Bundesrepublik nur unzureichend abgeschnitten. Weder in der Infrastruktur noch beim Kompetenzerwerb kann die Bundesrepublik im internationalen Vergleich in die Reihe der Spitzennationen bei der digitalen Bildung vorstoßen.

Dieser Vergleich verdeutlichte nicht nur eine vielfach mangelnde digitaltechnische Ausstattung deutscher Schulen. Die Untersuchung weist auch eine zu geringe Spitze im Bereich der höchsten Kompetenzniveaus aus. Die Studie konstatiert Bildungsbenachteiligungen etwa für Jugendliche aus sozial schwierigeren Lagen und für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Außerdem erreichen fast ein Drittel der Schülerinnen und Schülern lediglich

ein sehr geringes Kompetenzniveau. Die Wissenschaftler sprechen in diesem Zusammenhang von „digitalen Analphabeten“.

Der Bundesländervergleich „Schule digital – Der Länderindikator 2015“ unterstreicht ebenfalls deutliche Defizite in der digitalen Bildung in Berliner Schulen. Deutschland muss die Bildungschancen der Digitalisierung umfangreich nutzen, um bei dieser Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts nicht den Anschluss zu verlieren.

Die Veränderungen der schulischen Gegebenheiten im Zuge des digitalen Fortschritts müssen in dem Bewusstsein einer ethischen Herausforderung geschehen. Der Wissensvermittlungsprozess darf auch wichtige Aspekte wie Persönlichkeitsrechte und Datenschutz nicht vernachlässigen. Digitale Bildung und Erziehung in der Schule muss auf die Schulung des Urteilsvermögens für ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben mit digitalen Medien ausgerichtet sein.

Den Schulen kommt hierbei eine zentrale Verantwortung zu. Viele Schulen verfügen weder über einen Breitbandanschluss noch über WLAN. Es fehlt u.a. an Smartboards, Notebooks oder Tablets, aber auch benötigter Software. Auch die Chancen digitaler Lehr- und Lernmaterialien werden gegenwärtig noch ungenügend genutzt. Gleichzeitig belegen Umfragen nicht nur große Unzufriedenheit vieler Lehrkräfte mit der digitalen Infrastruktur, sondern gerade auch mit den Unterstützungssystemen für Pädagoginnen und Pädagogen. Dies gilt insbesondere für fehlende oder qualitativ ungenügende Fortbildungsmöglichkeiten. Deutschland muss einen digitalen Kraftakt für unser Bildungssystem erbringen, um in die Spitzengruppe der digitalen Bildungsnationen aufzusteigen.

Ein solcher Kraftakt kann nur als gesamtgesellschaftliche und damit in gesamtstaatlicher Verantwortung aller Ebenen erreicht werden. Hier muss auch die Bundesebene ihrer Verantwortung für die Schülerinnen und Schüler gerecht werden, damit sie den technologischen Fortschritt und die digitale Welt von morgen mitgestalten können. Der Bund soll sich daher mit den Ländern auf einen Staatsvertrag für ein Sonderprogramm zur digitalen Infrastruktur verständigen

Gleichzeitig müssen die Länder alle Anstrengungen unternehmen, um die Lehrkräfte fit für die Vermittlung digitaler Kompetenzen zu machen. Die Länder müssen sich daher im Gegenzug verpflichten, ihr Lehrpersonal in den nächsten Jahren dahingehend fortzubilden, dass die Infrastruktur auch tatsächlich eingesetzt und genutzt wird.

Beste Bildung für die digitale Welt liegt im Interesse aller Menschen in Deutschland. Wichtig ist, dass die Kompetenzvermittlung auch bundesweit vergleichbar ist – deshalb plädieren viele Bildungsforscher für bundeseinheitliche Bildungsstandards für digitale Medienbildung, die fächerübergreifend und verbindlich von der Kultusministerkonferenz erarbeitet und beschlossen werden sollten.

Berlin, 9. Mai 2017

Czaja, Fresdorf, Förster, Schlömer
und die weiteren Mitglieder
der Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin